



## **Datenschutzerklärung zur Informationspflicht nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**

### **Verarbeitungstätigkeit:**

400-07: Grundstücksvergabe

### **Ihre personenbezogenen Daten werden für folgende Zwecke verarbeitet:**

Antragsunterlagen wegen Beteiligung am Vergabeverfahren (Name, Vorname, Anschrift) zwecks Auswertung und späterer Nachweismöglichkeit

### **Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung ist/sind:**

Paragraf 58 NKomVG

### **Wenn die Daten nicht bereitgestellt würden, hätte es diese Folgen:**

Keine Zuordnung, kein Abschluss mit Kaufvertrag

### **Wir haben die personenbezogenen Daten erhalten von:**

10 Jahre

### **Der Speicherzeitraum beginnt mit/am:**

Zeitpunkt der Ausschreibung/Vermarktung von Flächen

### **Die personenbezogenen Daten werden teilweise weitergeleitet an:**

keine

### **Außerdem werden Ihre Daten an das Drittland/Nicht-EU-Mitgliedsstaat übermittelt:**

ohne

Die Stadt Oldenburg als verantwortliche datenverarbeitende Stelle können Sie per E-Mail unter [servicecenter@stadt-oldenburg.de](mailto:servicecenter@stadt-oldenburg.de) beziehungsweise postalisch unter

Stadt Oldenburg (Oldb)  
Der Oberbürgermeister  
26105 Oldenburg

kontaktieren. Sie können außerdem die Datenschutzbeauftragten der Stadt Oldenburg per E-Mail unter [datenschutzbeauftragte@stadt-oldenburg.de](mailto:datenschutzbeauftragte@stadt-oldenburg.de) beziehungsweise postalisch unter

Stadt Oldenburg (Oldb)  
Der Oberbürgermeister  
Behördliche Datenschutzbeauftragte  
– persönlich –  
26105 Oldenburg

kontaktieren.

Sie können gegenüber der Stadt Oldenburg im Rahmen des Gesetzes folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung oder Löschung (Artikel 16 und Artikel 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Artikel 21 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Darüber hinaus können Sie sich an die Niedersächsische Aufsichtsbehörde für den Datenschutz/Landesbeauftragte beziehungsweise Landesbeauftragter für den Datenschutz wenden und dort ein Beschwerderecht geltend machen.